Tages-Anzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Samstag
28. September 2013

Fr. 4.40, Ausland: € 3.70 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 225 – Auflage 188 602

Ulrich Lips Der Arzt hat den Kinderschutz am Kinderspital Zürich aufgebaut und geprägt. Nun geht er in Pension. 10

Fülscher-Kochbuch Der bildstarke, herrlich veraltete Klassiker der Rezeptliteratur ist endlich zurück. 31

Prinzessin Diana Die Verfilmung ihres Lebens wirkt etwas gar lieblos. 29

Klimawandel: Zwei Drittel des CO_2-Budgets sind schon aufgebraucht

Der neue UNO-Klimabericht zeigt: Treibhausgase müssen substanziell reduziert werden.

Von Martin Läubli, Stockholm, und Stefan Häne

Das globale Budget für CO_2-Emissionen soll eine Erderwärmung um mehr als 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit verhindern. Dieses Budget ist schmal geworden: Von den zulässigen Emissionen sind bereits zwei Drittel in die Atmosphäre gelangt. Das ist ein Ergebnis aus dem neuen Klimabericht des Weltklimarats IPCC, der gestern vorgestellt wurde.

Der neue Klimabericht

Kommentar: Die Zeit für die Umsetzung der Klimakonvention wird knapp. – *Seite 2*

Der langfristige Trend einer globalen Erwärmung bestätigt sich. – *Seite 3*

Das Erwärmungsziel legte die Staatengemeinschaft der UNO-Klimarahmenkonvention vor drei Jahren fest. Verschiedene Regierungen von Schwellenländern wehrten sich gegen den Eintrag zum Emissionsbudget. Sie befürchteten Nachteile in künftigen Verhandlungen über Reduktionsverpflichtungen.

Grüne fordern Ausgleichsfonds

Der IPCC hat seit Anfang Woche die Kurzfassung des Berichts mit Delegationen der UNO-Vertragsstaaten verhandelt. Mehr als 800 Wissenschaftler arbeiteten während vier Jahren an diesem rund 2000 Seiten starken Bericht, der das aktuelle Wissen über den physikalischen Zustand der Erde darstellt. Die Forscher haben sich dabei auch mit der Stagnation der Erderwärmung während der letzten Jahre beschäftigt, der sie im Zusammenhang mit dem langfristigen Klimawandel aber wenig Bedeutung zumessen. Ihr Fazit ist eindeutig: «Die Erde wird sich weiter erwärmen, falls die Treibhausgase nicht substanziell reduziert werden», sagte der Berner Klimaforscher Thomas Stocker, der Co-Vorsteher der IPCC-Arbeitsgruppe I.

Der Bericht provoziert in der Schweizer Politik neue Forderungen. Weil der Klimawandel die ökologisch sensiblen Alpen stärker trifft als andere Regionen, sollen die Bergler künftig mehr Geld erhalten – und zwar aus den Agglomerationen. Dies schwebt den Grünen vor. Wie die Finanzierung im Detail aussehen soll, ist offen. Denkbar ist laut Grünen-Präsidentin Regula Rytz, dass ein Teil der Gelder aus der CO_2-Abgabe in einen Klima-Ausgleichsfonds fliesst. Die Finanzierung könnte aber auch via neuen Finanzausgleich (NFA) erfolgen. Geberkantone wie Zürich oder Zug müssten dann noch mehr einzahlen als heute, was ihre Kritik an der Ausgestaltung dieses Instruments wohl weiter verschärfen würde. Darauf deuten erste Reaktionen hin: «Der NFA dient dem finanziellen Lastenausgleich zwischen den Kantonen und hat nichts mit Klimapolitik zu tun», sagt beispielsweise der Zürcher Nationalrat Filippo Leutenegger (FDP).

Rytz hat gestern ein Postulat eingereicht. Unterzeichnet haben es nicht nur ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen, sondern auch Politiker aus BDP, CVP, SP und GLP – allesamt Vertreter von Bergkantonen.

Syrien: UNO-Mächte einigen sich

Erstmals seit Beginn des syrischen Volksaufstands vor über zwei Jahren, der sich zu einem Bürgerkrieg entwickelte, haben sich die fünf Vetomächte im UNO-Sicherheitsrat auf eine Resolution geeinigt. Im Entwurf wird Syriens Machthaber Bashar al-Assad dazu aufgefordert, alle Chemiewaffen herauszugeben und vernichten zu lassen. Andernfalls soll es Konsequenzen nach Artikel 7 der UNO-Charta geben. Bevor die Vereinten Nationen jedoch tatsächlich grünes Licht für einen Militärschlag geben, müsste der Sicherheitsrat erneut zusammenkommen. In diesem Punkt habe sich Russland durchgesetzt, analysierten Experten.

Die Verabschiedung der Resolution galt nur noch als Formsache. Im Sicherheitsrat mit seinen 15 Mitgliedern reicht dafür eine Mehrheit von 9 Stimmen, wenn keine der Vetomächte blockiert. Das Gremium wollte am Freitagabend (Samstag, 2 Uhr MESZ) zusammenkommen. Zuvor hatte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag beraten. *(SDA) – Seite 7*

Passagiere blieben in Tramtunnel gefangen

In der unterirdischen Tramstation Tierspital in Zürich führte am vorletzten Freitagabend für ein Dutzend Trampassagiere kein Weg mehr ins Freie. Grund: Die gläserne Schiebetür zum Ausgang blieb wegen eines Defekts blockiert. Auch die Fluchttüren liessen sich nicht öffnen. Ein junger Mann brach in Panik aus. Die Passagiere aber hatten Glück, obschon es bereits Mitternacht war: Sie konnten mit einem der letzten Trams, das um diese Zeit noch verkehrte, zurück zum Milchbuck fahren. Einziger – und sehr riskanter – Fluchtweg wären die Tramgleise gewesen.

Der Tramtunnel Schwamendingen wurde erst vor einem knappen Jahr für 15 Millionen Franken renoviert. Seither, so berichten Pendler, sei dort fast täglich irgendetwas mit der Elektronik nicht in Ordnung. Oft würden auch Rolltreppen und Lift streiken. Die Fluchttüren als Alternative zur störungsanfälligen Schiebetür bleiben auch in Zukunft geschlossen. Wie die Verkehrsbetriebe (VBZ) betonen, müssten diese aus Brandschutzgründen geschlossen sein. *(sit) – Seite 15*

Professor Fehr verteidigt sein Fach

Zürcher Wirtschaftsstudierende haben in einem offenen Brief den fehlenden Realitätsbezug ihres Fachs kritisiert. Damit drücken sie eine Ansicht aus, die besonders seit der Finanzkrise von vielen geteilt wird. Im TA-Interview nimmt Ernst Fehr zu den Vorwürfen Stellung. Fehr ist Professor und Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung der Universität Zürich. Der Ökonom geniesst in seinem Fach Weltruhm und wurde schon mehrmals als Kandidat für den Nobelpreis gehandelt. Fehr hält die Vorwürfe gegenüber seinem Fachgebiet für unangemessen: Keine andere Sozialwissenschaft habe sich in den letzten 20 Jahren so stark verändert wie die Wirtschaftswissenschaften. Den kritisierten fehlenden Realitätsbezug erklärt sich Fehr zum Teil damit, dass die Lehrbücher die neusten Erkenntnisse der Wissenschaft noch nicht enthalten. Dass die Ökonomen die Krise nicht kommen sahen, liegt laut Fehr daran, dass die Bedeutung des Finanzsektors unterschätzt wurde. Das habe sich mittlerweile aber geändert. *(mdm) – Seite 17*

Harte Kritik an der Finma

Laut Bankenprofessor Martin Janssen bevorzugt die Finanzmarktaufsicht (Finma) die Grossbanken und gefährdet über 10 000 Arbeitsplätze. «De facto betreibt die Finma Industriepolitik. Dies, weil sie für alle Banken, ob gross oder klein, dieselben Vorschriften erlässt. Ich glaube nicht, dass das die Idee von Volk und Parlament ist», sagt Janssen. Weil sie die Kosten für die Regulierungen auf weniger Kunden verteilen könnten, würden die kleinen Banken durch die verfehlte Regulierung aus dem Markt gedrängt. Zu Unrecht, denn «der Schaden, den eine kleine Bank im schlimmsten Fall anrichten kann, ist sowohl vom Betrag als auch vom Ruf des Finanzplatzes her unbedeutend», so Janssen weiter. Angesichts der immer neuen Vorschriften würde zudem die Beratung von Kunden immer unattraktiver. Das führe dazu, dass auch Kunden mit mehreren Hunderttausend Franken Vermögen nicht mehr beraten würden. Dadurch würden bei den Banken die Löhne sinken, und die Vermögensverwalter verlören ihren Job. *(ar) – Seite 43*

Heute

1:12-Initiative

Schneider-Ammann und Berset sorgen für Verwirrung

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sagt, bei Annahme der 1:12-Initiative drohten der AHV und der Arbeitslosenkasse Verluste von 600 Millionen Franken pro Jahr. Sozialminister Alain Berset hingegen erklärt, etwaige Ausfälle liessen sich nicht beziffern. – *Seite 5*

Zürich

Mehr Platz für Technik und Naturwissenschaften

Schüler im Kanton Zürich werden sich künftig mehr mit Naturwissenschaft und Technik beschäftigen: Mit diversen Massnahmen würden diese Fächer stark gefördert, teilte Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) gestern mit. – *Seite 15*

Katar

Dutzende von Toten bei Bauarbeiten für die WM

Bei Bauarbeiten für die Fussball-WM 2022 in Katar sind laut dem britischen «Guardian» in den letzten Wochen Dutzende Arbeiter aus Nepal gestorben. Die Fifa gab sich «besorgt» und will Kontakt mit den Behörden aufnehmen. – *Seite 45*

Kommentare & Analysen

«Die Schweiz achtet die Menschenrechte. Ausser sie stören das Geschäft.»

Jean-Martin Büttner zur Diskussion der Politiker über Waffenexporte. – *Seite 11*

Der Brite Brian Cookson ist neuer Präsident des Weltradverbandes. Was taugt er? – *Seite 55*

Beilage

Mythos Montauk: Zu Besuch am Ostzipfel von Long Island.

Service

Wetter	12
Leserbriefe	13
Veranstaltungen	22
Todesanzeigen	24
Gottesdienste	25
Fernsehprogramme	33–36
Rätsel	40, 41
Börse	49

9 771422 999104 13225

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo **Inserate** Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich **Leserbriefe** www.tagesanzeiger.ch/leserforum
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch